

DEUTSCH-FRANZÖSISCH-
SCHWEIZERISCHE
OBERRHEINKONFERENZ



CONFERENCE
FRANCO-GERMANO-SUISSE
DU RHIN SUPERIEUR

Grenzüberschreitende Klimaschutzstrategie für die D-F-CH Oberreinkonferenz

Energie-Vorbildregion Oberrhein

I. Präambel

Klimaschutz und Energiepolitik sind eng miteinander verbunden.

Der weltweite Klimawandel trifft auch die Region am Oberrhein, doch regionaler Klimaschutz ist möglich - der Oberrhein ist klimatisch eine Einheit.

II. Strategie

- 1. Die Unterzeichner wollen den Klimaschutz am Oberrhein interdisziplinär und grenzüberschreitend angehen. Dabei sollen für die klimapolitischen Ziele neben der Energiepolitik auch die Umwelt-, Verkehrs- und Forstpolitik sowie die Landwirtschaft berücksichtigt werden.**
- 2. Die Unterzeichner bekennen sich dazu, durch den Ausbau von Effizienztechnologien und Erneuerbaren Energien die spezifischen CO₂-Emissionen im Oberrheingebiet nachhaltig zu reduzieren und die Unabhängigkeit von problematischen Energieträgern zu erhöhen.**
- 3. Die Unterzeichner setzen dabei auf die bereits in den Regionen gültigen Strategien und einheitlichen Prioritäten in der Energiepolitik:**
 - 1. Energie sparen**
 - 2. Rationelle Energieumwandlung / handlungsorientierte Effizienzsteigerung**
 - 3. Einsatz erneuerbarer Energien.**
- 4. Bei der grenzüberschreitenden Umsetzung dieser Strategie wollen die Unterzeichner voneinander lernen, vorhandene Stärken nutzen und Schwächen beheben.**

5. Die Unterzeichner verpflichten sich dazu, anhand konkreter, exemplarischer und gemeinsamer Projekte, grenzüberschreitende Fortschritte zu erreichen. Diesbezüglich sollen wirtschaftliche Impulse und damit Arbeits- und Ausbildungsplätze gesichert und ausgebaut werden.
6. Den Bürgerinnen und Bürgern soll durch umfassende Information der Zugang zu bestehenden Sanierungsprogrammen und Fördermöglichkeiten verbessert werden.
7. Bei der Umsetzung dieser Strategie soll bewusst auf eine verstärkte Kooperation der maßgeblichen Akteure in Politik, Verwaltung, Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Vereinen sowie auf die Einbindung bestehender öffentlicher wie privater Initiativen gesetzt werden.
8. Der Oberrhein soll sein durch Innovation, ökologische und ökonomische Vernunft geprägtes Image weiterentwickeln und somit eine Vorreiterrolle im europäischen Vergleich einnehmen.
9. Die Unterzeichner werden die notwendigen Schritte veranlassen, um von den Mitgliedern der Oberrheinkonferenz Zusagen für die Bereitstellung der zur Umsetzung dieser Strategie notwendigen personellen und finanziellen Ressourcen zu erhalten.
10. Die Klimaschutz-Kommission der Oberrheinkonferenz ist für die einvernehmliche Abstimmung und Koordination der Umsetzung dieser Strategie und für die Öffentlichkeitsarbeit verantwortlich. Sie wird die Umsetzung dieser Strategie einer jährlichen Erfolgskontrolle und Berichterstattung unterziehen, die dem Präsidium der Oberrheinkonferenz vorgelegt wird.

UNTERZEICHNER

Land Baden-Württemberg

Dr. Rudolf Kühner
Regierungspräsident
Regierungspräsidium Karlsruhe

Dr. Sven von Ungern-Sternberg
Regierungspräsident
Regierungspräsidium Freiburg

Land Rheinland-Pfalz

Clemens Nagel
Persönlicher Beauftragter des
Ministerpräsidenten für grenzüberschreitende
Zusammenarbeit
Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Karlsruhe, den 8. Dezember 2006

UNTERZEICHNER/SIGNATAIRES

Kanton Basel-Stadt

Dr. Guy Morin
Regierungsrat
Justizdepartement

Kanton Basel-Landschaft

Urs Wüthrich-Pelloli
Regierungspräsident
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion

Kanton Aargau

Peter C. Beyeler
Regierungsrat
Departement Bau, Verkehr und Umwelt

Kanton Solothurn

Esther Gassler
Regierungsrätin
Volkswirtschaftsdepartement

République et Canton du Jura

Jean-François Roth
Ministre
Département de l'économie et de la coopération

Karlsruhe, den 8. Dezember 2006

SIGNATAIRES

Etat français

Jean-Paul Faugère
Préfet de la Région Alsace
Préfet du Bas-Rhin

Région Alsace

Adrien Zeller
Président du Conseil Régional d'Alsace

Département du Bas-Rhin

Philippe Richert
Président du Conseil général
du Bas-Rhin

Département du Haut-Rhin

Charles Buttner
Président du Conseil général
du Haut-Rhin

Karlsruhe, le 8 décembre 2006